

Jenseits der strategischen Sandkastenspiele

Jürgen Habermas: „Schlafwandeln am Rande des Abgrundes“, FR-Feuilleton vom 16. Februar

Jetzt sind Schritte hin zum Verständigungsfrieden nötig

Jürgen Habermas ist grundsätzlich zuzustimmen. Die von Andrej Melnyk und anderen vertretene bellizistische Maxime, dass allein mehr schwere Waffen und verstärkte Waffenlieferungen Frieden in der Ukraine schaffen würden, ist nicht nur gefährlich unrealistisch, sondern auch unlogisch. Dagegen sollte sich ein Vorrang von Diplomatie und Verhandlungen vor Waffenlieferungen als Maxime durchsetzen.

Verhandlungen sind zu beginnen, ohne dass bereits als Vorbedingung nur für deren Beginn Maximalforderungen beider Seiten vollständig erfüllt werden müssten. Wer eine solche abstruse Position vertritt, will keine Verhandlungen und damit auch keinen Frieden, der im Interesse v.a. der unter dem russischen Angriffskrieg schwer leidenden ukrainischen Bevölkerung ist.

Die Parole von einem „Siegfrieden“ wirkt 2023 ähnlich verhängnisvoll kriegsverlängernd, wie bereits 1915 bis zum Sommer 1918 allddeutsch-militärische Extremziele. Aktuell dringend gefordert sind erste Schritte hin zu einem „Verständigungsfrieden“. Westliche Unterstützungsschritte für die Ukraine sind zu koppeln an eine grundsätzliche und ernstgemeinte Bereitschaft zu einem solchen „Verständigungsfrieden“. Was die ukrainische und auch die russische Bevölkerung wirklich braucht, ist Frieden, ohne den „alles nichts ist“ (Willy Brandt), und neben einer

funktionierenden Wirtschaft erheblich mehr Mittel für den Aufbau eines Sozialstaates, der diesen Namen auch verdient.

Norbert Fabian, Bochum

Putins Regime wird ungesteuert zerfallen

Endlich! Nun kommen fruchtbare Gedanken in die Debatte: Jürgen Habermas fordert uns auf, die gefährliche Eigendynamik eines solchen Krieges nicht zu unterschätzen. Ein Gedanke, der über die wechselseitigen Pazifisten/Bellizisten-Diffamierung hinausweist, jenseits aller strategische Sandkastenspiele und der unfruchtbaren Dämonisierung Putins. Habermas empfiehlt, mit Konsequenzen zu rechnen, die niemand beabsichtigt. Den Ersten Weltkrieg könne man als ungewolltes Resultat einer systemischen Konstellation der Großmächte verstehen. Damals gab es noch keine Atomwaffen. Habermas sieht also die Gefahr, „unbemerkt über die Schwelle zu einem dritten Weltkrieg hinausgetrieben zu werden“.

Wir im Westen tragen eine Mitverantwortung. Diese Verantwortung beinhaltet zwar auch die militärische Unterstützung des ukrainischen Abwehrkampfes, nicht aber die bedingungslose Akzeptanz aller Kriegsziele, die Präsident Selenskyj proklamiert, wenn er z.B. glaubt, die Krim wiedererobern zu können. Das bedeutet auch, seiner Forderungen nach weiteren Waffentypen („Gebt uns Flügel“) nicht nachzugeben.

Der anhaltende Konflikt in der Ukraine erhöhe die Risiken eines Einsatzes von Atomwaffen dramatisch, heißt es in einem Schreiben der Gruppe um den Ex-Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger an Kanzler Olaf Scholz. Der US-General Milley bekennt: Angesichts russischer Atomwaffen müsse man „sehr, sehr bewusst im Eskalationsmanagement“ vorgehen.

Wir brauchen auch bei uns eine lebhaft und unbedingt offene (!) Debatte, ein öffentliches Nachdenken über den schwierigen Weg zu Verhandlungen und über eine Perspektive für danach. Wenn Selenskyj sie nicht hat – oder aktuell nicht haben kann, dann wäre es wichtig, dass sich die Bundesregierung nicht unkritisch an die Strategie des ukrainischen Präsidenten bindet. Vor allem, weil das Putin-Regime – basierend auf einem fragilen Elitengeflecht, auf einer unfruchtbaren Staatsideologie, einer unkreativen Wirtschaft und oligarchischen Strukturen – nicht stabil erscheint.

Einen *regime change* von außen zu versuchen, wäre völlig kontraproduktiv (wie schon im Irak, Iran, Afghanistan). Ich sehe eher einen ungesteuerten Zerfall des Regimes und des ganzen Staates – ohne Putin. Doch mehrere russische Machtzentren, selbstermächtigt, ohne irgendeine Legitimation, aber mit Atomwaffen versehen, mag ich mir nicht vorstellen. Eine solche Eigendynamik wäre mit Sicherheit nicht mehr zu handhaben.

Holger Geißelbrecht, Hamburg

Offenheit und Vielfalt

Berlin: „Schlechter als befürchtet“, FR-Feuilleton vom 11. Februar

Herr Hesse, Sie haben Ihre ganze Verachtung für das armselige Berlin zu Papier gebracht. Ein Klischee jagt das nächste. Sie kommen aus der Klügelstadt Köln, in der bekanntlich „amtliche Probleme privat gelöst werden.“ Die Katholiken können ja danach beichten gehen. Ich bin 1970 aus dem schönen, aber spießigen München nach Berlin gezogen und habe es als Befreiung empfunden, dass hier der soziale Druck, dem in München selbst wir Studenten unterlagen, nicht existierte. Man musste nicht ständig zeigen was man besaß, und das ist zum Glück auch heute noch so. Diese Offenheit und Vielfalt, auch das Widerspenstige liebe ich an dieser Stadt und nehme dafür gerne in Kauf, dass es hier nicht so gelect wie in Bayern oder so protzig wie in Hamburg oder Frankfurt ist, wo das Kapital regiert.

Flughafen, Wahlwiederholung – Beispiele bedauernswerten Versagens. Aber dieses „Bashing“ in meiner seit 45 Jahren gelesenen Zeitung geht mir auf die Nerven! Mal sehen, ob Sie Ihre Meinung noch ändern.

Renate Graf, Berlin

Genug geplündert

Ein Jahr Krieg: „Die Ukraine wird siegen“, FR-Politik vom 20. Februar

Eigentlich ist es erstaunlich, wie gering sogar die FR in Berichterstattung und Kommentierung ein Hauptmotiv für kriegerische Eroberung gewichtet, das sich aufdrängt: das Beuteschema. Seit den Eroberungszügen der antiken Reiche bis Hitler ist die Bereicherung zusammen mit Größenwahn der Herrscher das treibende Motiv. Im neuen Jahrtausend hat FR-Autor Florian Hassel detailliert berichtet, wie Emporkömmling Putin im Zweiten Tschetschenien-Krieg nicht nur Grosny dem Erdboden hat gleichbomben lassen, sondern jahrelang Elektrogeräte und Baumaterial für die ihm ergebenden russischen Proletarier hat abtransportieren lassen und lupenreinen Schmuck für die Bonzen. Damit erschließt sich auch besser Gerhard Schröders Wortwahl vom „lupenreinen Demokraten“.

Ende März 2022 wurde das Plündern durch Beutekonvois aus Cherson mit Militärlastern nach Sibirien und durch abgehörte Handys russischer Soldaten bekannt: „Putin hat uns das Plündern erlaubt“ – „Nimm alles mit, was du kannst!“. Fernseher, Waschmaschinen, Medikamente und natürlich auch wieder Schmuck wurden aus dem eroberten Cherson u.a. in

die sibirische Garnisonsstadt Jurge der 41. Armee und der 60. Panzerdivision transportiert.

Was können wir westlichen, auf Rückeroberung eingeschwoeren Kampfpanzer- und wohl bald auch Kampfjet-Lieferanten daraus folgern? Ließen sich diese nicht besser als Druck- bzw. Lockmittel nutzen für Friedensverhandlungen? Etwa so:

Gegenüber Putin: Genug geplündert! Im Donbass ist nichts mehr zu holen. Ins reiche Odesa kommen Sie gegen die ukrainische Verteidigungsfront mit unseren Waffen nicht durch. Also ziehen Sie sich ohne Beuteaussichten lieber kampfflos zurück. Gegenüber Selenskyj: Wir liefern die versprochenen (Rück-) Eroberungswaffen nur, wenn Sie in Waffenstillstandsverhandlungen mit Putin einwilligen. Wenn Putin einlenkt und sich zähneknirschend kampfflos bis zu einer vorläufigen Grenzlinie zurückzieht, liefern wir Ihnen stattdessen moderne Flug- und Panzerabwehrwaffen zur Absicherung gegen erneute russische Eroberungsfeldzüge. Dann können Ihre bisher überlebenden und unverkrüppelten Soldaten ihre geflüchteten Frauen und Kinder wieder zu Hause in die Arme schließen. Claus Metz, Bad Vilbel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230220

FR ERLEBEN

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „Frankfurter Demokratiekonvent: Ein Jahr danach – was ist passiert? Frankfurts Bürger:innenrat zieht Bilanz“ mit den Magistratsmitgliedern Bastian Bergerhoff, Rosemarie Heilig und Eileen O’Sullivan sowie Vertreter:innen der Initiative „Mehr als wählen“.

**Montag, 27. Februar, 19 Uhr
Römerberg 9, Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Wirtschaftswissenschaftler Yannick Schwarz vom Netzwerk Steuergerechtigkeit über den Cum Ex-Skandal und die Folgen.

**Freitag, 3. März, 19,30 Uhr
Bühne Marleen, Liliencarré
Bahnhofplatz 3, Wiesbaden**

Pitt von Bebenburg moderiert die hybride Konferenz „Faire Arbeit in Europa“ des DGB-Bildungswerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Anja Piel (DGB-Vorstand), Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär). Anmeldung bis 8.3. unter raya.maana@fes.de
**Mittwoch, 15. März, 13 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2,
Hiroshimastr. 28, Berlin**

Freudlose Blumen

Zu: „Liebesgrüße aus Naivasha“, FR-Magazin vom 14. Februar

Der doppelte Bericht beschäftigt sich mit dem Thema Rosenproduktion in Kenia und dem Export dieser Blumen nach Europa.

Aus sachlicher Sicht ist dieser Wirtschaftszweig unsinnig und unverantwortlich; eine sinnvolle Relation Aufwand und Nutzen ist nicht gegeben. Große Schäden und Nachteile für Kenia selbst und für das globale Klima sind zu verzeichnen. Wertvolle für die einheimische Lebensmittelanbau notwendige Landstriche und die letzten vorhandenen Wasserreserven in den semi-ariden Trockenzonen Afrikas werden genutzt, nur damit in Europa die „Liebsten“ mit einem Blumenstrauß „beglückt“ werden können. Ebenso muss auf die damit zusammenhängende klimabelastende Transportlogistik mit der notwendigen Kühlkette hingewiesen werden und auf den intensiven Einsatz von Chemikalien und Pestiziden bei der Blumenproduktion.

Schlussendlich drängt sich die Frage auf: Kann da noch bei einem an sich gut gemeinten liebevollen Blumenstraußgruß Freude aufkommen?

Gerd Himmelreich, Glashütten

Herrliche Ruhe

Lufthansa lahmgelegt: „Nichts geht mehr“, FR-Wirtschaft vom 18.2.

In den Artikeln über die Stilllegung des Flugverkehrs, sei es durch IT-Ausfälle oder berechtigte Streiks, wird immer die Tränendüse für die armen Fluggäste gedrückt. Kein Wort über die herrliche Ruhe in den Lärmzonen rund um die Flughäfen und die Einflugschneisen. Das gilt im Norden von der Rhön, dem Kinzigtal, im Süden bis in den Odenwald und nach Westen von der lärmgeplagten Stadt Flörsheim und im Osten Offenbach usw. Und wie gut das dem Klima tut! Nur Mut. Auch wenn das gegen die Freiheit freier Reisefetischisten geht.

Emil Jacob, Poppenhausen

Heute ist viel möglich

Software Palantir: „Hessen verteidigt Einsatz“, FR-Tagesthema vom 17.2.

Die Analyse-Software Gotham (Palantir) zeigt, was in der Datenverarbeitung möglich ist – sofern man das will. Bei den Daten für die neue Grundsteuer wollte man das offensichtlich nicht. Stattdessen hat man die Grundstücksbesitzer diese Arbeit machen lassen. Der Arbeitsaufwand kostet ja nix.

Thomas Lehmann, Metten